

# Europa

## Anschlag auf griechische Demokratie

Das zunehmende Gezänk innerhalb Europas könnte Aussenstehenden als das unvermeidliche Resultat der bitteren Endphase der Verhandlungen zwischen Griechenland und seinen Gläubigern erscheinen. In Wahrheit lassen die europäischen Führungen endlich die wahre Beschaffenheit des laufenden Schuldenstreits erkennen, und die Antwort ist nicht angenehm: Viel mehr als um Geld und Wirtschaft geht es um Macht und Demokratie.

Natürlich war die Wirtschaftsstrategie, die dem Griechenland von der Troika (Europäische Kommission, EZB und Internationaler Währungsfonds) auferlegten Programm zugrunde lag, eine Katastrophe; sie führte zu einem 25-prozentigen Rückgang der Wirtschaftsleistung des Landes. Mir fällt kein Fall ein, in dem eine Depression jemals derart vorsätzlich herbeigeführt wurde und derart katastrophale Folgen hatte: Die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland etwa liegt inzwischen bei über 60 Prozent.

### Das Verhalten der Troika ist alarmierend

Es ist alarmierend, dass die Troika sich weigert, irgendeine Verantwortung hierfür zu übernehmen oder zuzugeben, wie falsch ihre Prognosen oder Modelle lagen. Noch überraschender freilich ist, dass Europas Regierungen aus all dem noch nicht einmal etwas gelernt haben. Die Troika verlangt selbst heute noch, dass Griechenland bis 2018 einen primären Haushaltsüberschuss (Überschuss vor Zinszahlungen) von 3,5 Prozent vom BIP erreichen müsse.

Ökonomen weltweit haben dieses Ziel als übertriebene drakonisch kritisiert, da jeder Versuch, es zu erfüllen, zwangsläufig zu einem weiteren Abschwung führen würde. Selbst wenn die griechischen Schulden auf eine Weise umstrukturiert werden sollten, wie sie heute



**Joseph E. Stiglitz**  
Nobelpreisträger  
für Ökonomie und  
Professor an der  
Columbia University

«Tatsächlich ist das, was wir heute erleben – 16 Jahre nachdem die Euro-Zone die Beziehungen institutionalisierte –, das Gegenteil von Demokratie.»

nicht vorstellbar ist, wird das Land in der Depression verharren, falls die Wähler sich in dem kurzfristig angesetzten Referendum dem Ziel der Troika verpflichten sollten. Was die Umwandlung eines grossen Primärdefizits in einen Überschuss angeht, so haben wenige Länder auch nur annähernd bewerkstelligt, was die Griechen im Verlaufe der letzten Jahre erreicht haben.

Wir sollten uns über eines klar sein: Von den enormen Summen, die Griechenland als Kredite erhalten hat, ist fast nichts tatsächlich auch nach Griechenland gegangen. Dieses Geld wurde verwendet, um die Gläubiger aus dem privaten Sektor auszuzahlen, darunter deutsche und französische Banken. Griechenland hat lediglich Almosen erhalten, aber einen hohen Preis gezahlt, um die Bankensysteme dieser Länder zu retten.

Doch um es noch einmal zu sagen: Es geht hier nicht um das Geld. Es geht darum, «Fristen» zu nutzen, um Griechenland zur Kapitulation und zur Akzeptanz des Unannehmbaren zu zwingen – nicht nur zu Sparmassnahmen, sondern auch anderen regressiven und straforientierten politischen Vorgaben.

Warum aber tut Europa das? Warum widersetzen sich die Führer der Europäischen Union dem Referendum und weigern sich sogar, die Frist für die Zahlung der nächsten Rate Griechenlands an den IWF um ein paar Tage zu verlängern? Geht es denn beim europäischen Projekt nicht um Demokratie?

Im Januar stimmten die griechischen Bürger für eine Regierung, die sich dazu bekannte, die Austerität zu beenden. Wollte die Regierung einfach nur ihr Wahlkampfversprechen einlösen, hätte sie den Vorschlag bereits abgelehnt. Doch sie wollte den Griechen eine Chance geben, sich bei diesem für das künftige Wohl ihres Landes so kritischen Thema einzubringen.

Diese Sorge um öffentliche Legitimität ist unvereinbar mit der Politik der Euro-Zone, die nie ein besonders demokratisches Projekt war. Die meisten Regierungen der Mitgliedsstaaten fragten ihre Bevölkerungen nicht

nach ihrer Zustimmung zur Überantwortung ihrer geldpolitischen Souveränität an die EZB. Als die schwedische Regierung es tat, sagten die Schweden Nein. Sie verstanden, dass die Arbeitslosigkeit steigen würde, wenn die Geldpolitik des Landes durch eine Zentralbank festgelegt würde, die sich kompromisslos auf die Inflation konzentrierte.

### Die unzumutbare Folter der Gegenwart

Und tatsächlich ist, was wir heute erleben – 16 Jahre nachdem die Euro-Zone diese Beziehungen institutionalisierte –, das Gegenteil von Demokratie. Viele führende europäische Politiker wünschen sich das Ende der linksgerichteten Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras. Schliesslich ist es extrem unbequem, in Griechenland eine Regierung sitzen zu haben, die sich der Art von Politik, die so viel zur Steigerung der Ungleichheit in so vielen hochentwickelten Ländern beigetragen hat, derart widersetzt.

Es ist schwer, den Griechen einen Rat zu geben, wie sie am 5. Juli wählen sollten. Keine der beiden Alternativen wird einfach, und beide sind mit enormen Risiken behaftet. Ein «Ja» hätte eine endlose Depression zur Folge. Vielleicht könnte ein ausgelagertes Griechenland – das all seine Vermögenswerte verramscht hat und dessen intelligenten jungen Leute ausgewandert sind – irgendwann seine Schulden erlassen bekommen.

Dagegen liesse ein «Nein» zumindest die Möglichkeit offen, dass Griechenland mit seiner starken demokratischen Tradition sein Schicksal in eigene Hände nehmen könnte. Die Griechen könnten damit die Chance erwirken, eine Zukunft zu gestalten, die vielleicht nicht so wohlhabend wäre wie in der Vergangenheit, aber deutlich hoffnungsvoller als die unzumutbare Folter der Gegenwart.

Ich weiss, wie ich abstimmen würde.

## Zuwanderung Das Dilemma der Schweiz

Der geplante Innovationspark am Standort Flughafen Dübendorf soll zusammen mit der Eidgenössischen Technischen Hochschule von Nutzen für unsere Volkswirtschaft werden, Arbeitsplätze und Mehrwert für Unternehmen, Wissenschaft und für die Bevölkerung schaffen. Jedem dürfte klar sein, dass wir dazu auch ausländische Fachkräfte benötigen werden. Das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative hat natürlich auch nicht diese top gebildeten Fachkräfte im Visier gehabt. Solche Fachkräfte wollen und brauchen wir. Ausser sie könnten uns direkt und persönlich konkurrenzieren. Dann wünschsten wir uns allenfalls den Schutz des Inländervorrangs.

### Stark kritisiert, aber trotzdem gebraucht: Die Grenzgänger

Bereits heikler wird es, wenn wir uns vergewärtigen, dass rund 350 000 Grenzgänger zu uns zur Arbeit kommen. Wir brauchen sie zwar dringend, etwa in der Tessiner Gastronomie und im Tourismus, in den Spitälern in Genf oder in der Pharmaindustrie in Basel sowie am Finanzplatz in Zürich. Besorgnis beschleicht uns dennoch ob der grossen Anzahl Grenzgänger – sie könnten ja zu geringeren Löhnen arbeiten als wir



«Wer die Ängste kleinredet, erhält die Quittung.»

**Doris Fiala**  
FDP-Nationalrätin

und uns so konkurrenzieren? Hier wünschen wir von unserem Volkswirtschaftsminister Schutzklauseln gegen Lohndumping-Gefahren.

Trotz allen leisen oder auch lauterer Bedenken: Diese «wertvollen» Ausländer stellen wir nicht ernsthaft in Frage. Im Innersten beschäftigen uns andere Zahlen, auch wenn diese prozentual verhältnismässig gering sind, gerechnet auf den Gesamtausländeranteil in der Schweiz. Wir geben es auch nicht so gerne zu, was uns im tiefsten Inneren verunsichert, denn wir Schweizer haben eine langjährige humanitäre Tradition. Dennoch: Es sind die seit langem hier wohnenden Menschen, Flüchtlinge und Asylsuchenden z.B. aus Eritrea, Syrien (Niedergelassene der Kategorie C, anerkannte Flüchtlinge, Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene), Menschen aus Afghanistan, Sri Lanka und Somalia, all jene eben, die unserer

Kultur und oft unserer Religion nicht nahe sind. Noch vor 20 Jahren beheimatete die Schweiz beispielsweise 40 000 muslimische Gläubige. Heute sind es weit über 400 000. Das macht vielen Angst. Berechtigt oder unberechtigt. Aber diese Ängste gilt es ernst zu nehmen. Wer sie kleinredet, erhält die Quittung. So geschehen am 9. Februar. Nun trifft es alle. Jene, die wir dringend als Arbeitskräfte brauchen genauso wie jene, die vor dem Elend der Verfolgung und aus Kriegsgebieten zu uns geflüchtet sind.

Wer bei 60 Millionen Flüchtlingen weltweit und über 300 Millionen Migranten von einem Problem spricht, das es rasch zu lösen gilt, hat die Faktenlage verkannt: Wir haben es mit einem weltweiten Phänomen zu tun, das höchstens und nur in Kooperation mit anderen Ländern gemanagt, aber nicht im eigentlichen Sinne gelöst werden kann. Ein Bericht des UNHCR

(«World at War») zu den globalen Trends spricht von einem Flüchtling auf 122 Menschen weltweit. Eine klare Trennlinie zwischen an Leib und Leben bedrohten Flüchtlingen, Asylsuchenden und Wirtschaftsflüchtlingen ist oft schwer auszumachen und erfordert viel Zeit.

### EU muss endlich die Lasten besser verteilen

Derweil nimmt die Solidarität der Bevölkerung verständlicherweise ab, wenn kriminell gewordene Ausländer nicht konsequent ausgeschafft und Wirtschaftsflüchtlinge nicht konsequent rückgeschafft werden. Es braucht deshalb eine Ausländerpolitik, welche die FDP als «hart, aber fair» bezeichnet und die fordert, die EU müsse endlich einen Schlüssel diskutieren und umsetzen, der die Lasten besser verteilt. Es mutet geradezu grotesk an, dass die Türkei 2 Millionen, Deutschland 30 000 und die Schweiz neu nochmals 5200 Syrier aufnimmt, wohingegen Polen nur gerade einmal 100 und Grossbritannien 90 syrische Flüchtlinge akzeptiert. Humanitäre Hilfe und Solidarität werden so zur einseitigen Belastung, schüren die Wut der Bevölkerung und verunmöglichen den konstruktiven Umgang mit Ausländern in unserem Land.

## DIALOG



**HZ Nr. 26** 25.6.2015  
«Interview mit Kiss-Bassist Gene Simmons»  
Im Interview mit der «Handelszeitung» berichtete Gene Simmons plakativ, dass er am liebsten in sich selber investiert. Weiter führte er aus, dass er das Konzept des «Sweat Equity» erfunden und damit grossen Erfolg habe. Damit wurde die Finanz- und Anlagentheorie soeben mit einem durchaus interessanten, wenn auch nicht gerade nobelpreiswürdigen

Investitionskonzept erweitert. Wir sollten also in Schweiz investieren, beziehungsweise in den Schweiz, den wir selbst produzieren. (...) Das Sweat Equity soll dem Dämon übrigens zu einem Vermögen von 300 Millionen Dollar verholfen haben. Es muss also etwas an diesem Konzept dran sein. Kommentar: Wir kapitulieren vor so viel Weisheit und unterlassen daher weitere Kommentare.  
Neue Helvetische Bank



**HZ Nr. 26** 25.6.2015  
«Debatte um die Armee als Managementschule»  
Die Schweizer #Armee. Eine der besten #Kaderschmieden unseres Landes. Die #Wirtschaft erkennt das #Potenzial.  
Marc Buergi  
@MarcBuergi

**HZ Nr. 26** 25.6.2015  
«Neue Behörde wacht über Vermögensverwalter»  
Bald mehr Compliance-Aufwand für Schweizer #Vermögensverwalter:

Neue Behörde unter #Finma geplant.  
Daniel Ziska  
@Daniel\_Ziska

**HZ Nr. 26** 25.6.2015  
«Geschäfte in Russland»  
Ameropas dubiose Russland-Geschäfte: Interpol sucht Chef des Basler Rohstoffkonzerns. Scoop der @Handelszeitung.  
Oliver Classen  
@Oliver\_Classen



**HZ Nr. 26** 25.6.2015  
«Digitales Leben. Kolumne von Tim Höfinghoff»  
Herrlicher Lesespass, Ihre heutige Kolumne in der «Handelszeitung». Ich habe den gleichen Prozess «durchlaufen» und kann deshalb sehr gut mit Ihnen «mitfühlen»! Wünsche Ihnen eine gute Zeit, mit sportlichem Gruss.  
Rolf Bollmann

**HZ Nr. 26** 25.6.2015  
«Rogoff stützt die Linie von SNB-Jordan»  
Die Vollgeld-Reformer machen zu Recht darauf aufmerksam, dass bei einer Abschaffung des Bargelds keine gesetzliche Währung mehr bleiben würde: Elektronisches Geld ist nur ein Versprechen auf Bargeld, aber keine gesetzliche Währung! Schade, dass dies bei der ganzen Diskussion rund um die Bargeld-Abschaffung selten zur Sprache kommt.  
Raffael Wüthrich

### Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:

**E-Mail:** redaktion@handelszeitung.ch  
**Twitter:** twitter.com/handelszeitung  
**Facebook:** facebook.com/handelszeitung  
**Online:** Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel